



Lesekreis SoSe 2018: Was ist revolutionärer Marxismus?

Dienstags 18:30 – 20:30 Uhr
 Universität Bielefeld: T2 – 141
 Texte unter:

<https://groups.google.com/d/forum/platypusbielefeld>
 Neueinsteiger/innen sind herzlich Willkommen.
 Eine Veranstaltung von Platypus Bielefeld

§ 129b und die Repressionsmaßnahmen gegen die kurdische Bewegung in der BRD

Die kurdische Freiheitsbewegung ist nicht nur in der Türkei, sondern auch in der BRD massiver staatlicher Verfolgung ausgesetzt. Seit den 1990er Jahren werden Kurd*innen mit den unterschiedlichsten Repressionsmaßnahmen überzogen: Angefangen bei überzogenen Auflagen gegen Demonstrationen über hohe Strafen wegen des Zeigens von PKK-nahen Symbolen bis hin zu verschärften Aufenthaltsbedingungen gegen politische Aktivist*innen.

Die extremste Form der Verfolgung bieten die Paragraphen 129ff, die seit den 1990er Jahren gegen Mitglieder der PKK und als Sympathisant*innen Verdächtige eingesetzt werden. Der Paragraph 129b erlaubt es, ganz normale politische Aktivitäten - beispielsweise die Organisierung von Demonstrationen, Kulturfesten und Vorträgen sowie Spendensammlungen - zu kriminalisieren und mit Gefängnisstrafen zu belegen, indem eine Verbindung zur PKK hergestellt wird. Mit einem Erlass vom 2. März des Bundesinnenministeriums (BMI) wurde die Anzahl der Gruppierungen, deren Fahnen und Symbole auf der Grundlage des seit 1993 bestehenden PKK-Verbots nicht öffentlich gezeigt werden, erheblich ausgeweitet. Darunter fallen beispielsweise die Symbole der Volksverteidigungseinheiten der YPG und YPJ. Damit macht sich die BRD-Justiz zum Handlanger des Erdogan-Regimes.

Im Zuge der Ausweitung des PKK-Verbots forderte die Polizei Bielefeld auch das AJZ Bielefeld auf das Graffiti-bild, welches an den ermordeten Halim Dener, der beim Plakatieren des ERNK-Symbols erschossen wurde, gedenkt, zu entfernen.

Die Hamburger Rechtsanwältin Britta Eder vom Anwaltsbüro Schulterblatt 36 wird über die einhergehenden Repressionsmaßnahmen und Anwendung des Paragraphen 129b gegen die kurdische Freiheitsbewegung und die aktuelle Verschärfung des PKK-Verbots referieren.

– Eine Zusammenarbeit des AStA in Zusammenarbeit mit AG Sol-i im Rahmen der Veranstaltungsreihe 'Staatliche Repressionen in Deutschland' –

Infoveranstaltung: Donnerstag, 7. Juni 18:30 Uhr, AJZ Bielefeld (Heeper Str. 132)

Veranstaltungen der Hochschulgruppe Digitalcourage

Wir, die Digitalcourage-Hochschulgruppe, möchten euch auf unser aktuelles Veranstaltungsprogramm zu den Themen Datenschutz und digitale Selbstverteidigung hinweisen. Alle Veranstaltungen sind für Anfänger*innen geeignet und erfordern keine Anmeldung; der Eintritt ist frei. Fragen und Anmerkungen könnt ihr jederzeit an digitalcourage.hsg@uni-bielefeld.de richten. Oder schaut doch einfach mal bei einem unserer Treffen jeden 1. und 3. Montag im Monat um 18 Uhr im SozCafé (X-C2-116) vorbei. Wir freuen uns auf euch!

Linux-Install-Party (freie Betriebssysteme testen und installieren): Geräte mitbringen und GNU/Linux (auch ohne Installation) ausprobieren. Ist eine Installation gewünscht, so wird eine freie Partition mit mindestens 20 GB benötigt. Von allen anderen Daten sollte ein Backup bereits angefertigt worden sein (siehe Backup-Party).

Wann? Donnerstag, 7. Juni 2018, 18 Uhr (ct) Wo? Raum U2-217 (Universitäts-Hauptgebäude)

Mythos Rechtsstaat?! Umgang mit Polizeigewalt während der G20-Protteste

Was bleibt nach den Hamburger G20-Protessen? Für drei Attac-Aktive waren sie besonders von Repression geprägt, die in einem gewaltsamen Polizeieinsatz gipfelten. Der Protest endete für die Betroffenen im Krankenhaus. Nun beginnen die Aufarbeitungen – vor Gericht. Dort wollen sie die Rechtswidrigkeit des Polizeieinsatzes feststellen lassen und auf die Missachtung ihrer Grundrechte aufmerksam machen

Wir berichten von unserem bewegenden Weg vom Opfer zur Klägerin und laden zur Diskussion ein: Was heißt es, als Opfer von Polizeigewalt vor Gericht zu ziehen? Handelte es sich um Einzelfälle oder um ein systematisches Gewaltkonzept? Schließlich beleuchten wir gemeinsam die Frage, was es für einen funktionierenden, demokratischen Rechtsstaat eigentlich bräuchte.



Außerdem wird der Landesvorsitzende der Falken NRW Paul M. Erzkamp von einer erfolgreichen Klage vor dem Verwaltungsgericht Hamburg berichten, in dem deren Inge- wahrsamnahme im Zusammenhang mit den G20-Protesten für rechtswidrig erklärt wurde.

– im Rahmen der Veranstaltungsreihe 'Staatliche Repres- sionen in Deutschland' –

Die Veranstaltung findet am Mo., den 11. Juni, um 18:30 Uhr in Hörsaal 2 im Uni Hauptgebäude statt.

Heimatministerium - Ausstellung zu institutionellem Rassismus in Deutschland

Als im Sommer letzten Jahres in der Unihalle eine Aus- stellung zur Selbstdarstellung des Innenministeriums unter dem Titel "Vorbilder in Sport und Politik gegen Rassis- mus" zu sehen war, glaubten viele ihren Augen nicht. Der damalige Innenminister Thomas de Maizière wurde als de- zidierte(r) Gegner des Rassismus dargestellt! Er hatte zuvor verkündet, dass einige Gebiete in Afghanistan als Bicher- ein- zustufen und Abschiebungen nach Afghanistan nicht mehr prinzipiell auszuschließen seien. Außerdem war kurz davor ein Generalverdacht für alle Asylsuchenden in Kraft getre- ten, der es dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erlaubt, die Smartphones und andere Datenträger von Asylsuchenden standardmäßig und ohne deren Einwil- ligung auszulesen und als Beweismittel im Asylverfahren heranzuziehen - eine Katastrophe für die Informationelle Selbstbestimmung der Geflüchteten!

Um die verherrlichende Selbstdarstellung des Innenmi- nisteriums nicht so stehen zu lassen, machten wir in einem anderen Teil der Uni Halle eine komplementäre Ausstel- lung zu rassistischer Ausgrenzung, Polizeigewalt und staat-

licher Repression in Deutschland unter dem Titel "Wer hier meckert wird erschossen"(in Anlehnung an das in der Zentralen Ausländerbehörde (ZAB) Bielefeld aufgehängte Schild).

Die rechtlichen Grundlagen für die rassistische Ausgren- zung von Asylsuchenden werden immer weiter verschärft und so eine Gleichberechtigung strukturell verhindert. Einige gesetzliche Regelungen und Maßnahmen sind rechtswid- rig und verstoßen in verfassungswidriger Form gegen die Grundrechte von Geflüchteten. Das wiederholte Versagen der Behörden zeigt, dass derartige Missstände nicht ohne den politischen Druck einer wachen Zivilgesellschaft aufge- klärt, geschweige denn beendet werden können. Doch die Wahrnehmung von Grundrechten und Zivilcourage wird nicht nur erschwert, sondern auch kriminalisiert, wie z.B. die Strafverfahren gegen die Initiative zur Aufklärung des Mordes an Oury Jalloh zeigen. Die Schaffung eines "Hei- matministeriums" auf Bundesebene und die Ausweitung der polizeilichen Befugnisse (wie z.B. mit dem vom bayrischen Landtag bereits beschlossenen Polizei Aufgaben Gesetz oder mit der geplanten Änderung des Polizeigesetzes in NRW) zeigen sehr eindringlich, dass mehr zu tun ist, als darauf zu hoffen, dass das Verfassungsgericht seine Arbeit macht.

Dieses Jahr haben wir die Ausstellung "Wer hier meckert wird erschossen" um historische Kontinuitäten, aktuelle Er- eignisse und Erfahrungsberichte ausgeweitet und zeigen sie parallel im Hauptgebäude der Uni und in der FH.

Wann: 22. Juni - 4. Juli

Wo: Ehemalige Buchhandlung Luce in der Uni-Halle (1) UND Haupthalle/ Magistrale im FH Hauptgebäude (2)



Impressum / Kontakt:

Allgemeiner Studierendenausschuss (AStA)
Universität Bielefeld
Universitätsstraße 25
33615 Bielefeld

Telefon: 0521 / 106-3423
Fax: 0521 / 106-6499

Internet: www.asta-bielefeld.de
E-Mail: info@asta-bielefeld.de

Öffnungszeiten des AStA-Pools in C1-154:

Mo-Fr: 10-16 Uhr, vorlesungsfreie Zeit 11-15 Uhr

AStA-Sitzung:

Dienstag 12 Uhr in L4-127

Öffnungszeiten des Sekretariats in L4-121:

Mo-Do: 9:00-12:30 Uhr und 13:00-16:00 Uhr
Fr: 9:00-12:00 Uhr

Öffnungszeiten des Radtschlags in C02-201:

Mo-Fr: 11-13 Uhr und 14-18 Uhr

Eure Meinung zur *Poolpropaganda* an: poolpropaganda@asta-bielefeld.de

Beratungszeiten:

Studienfinanzierungsberatung & NRW-Bank Darlehensabwicklung
in C1-162: Mo 10-14 Uhr, Mi-Do 12-15 Uhr

Aufenthaltsrechtliche Beratung in C1-162: Mo 10-13 Uhr

BAföG-Beratung in C1-162: Mo+Fr 10-14 Uhr, Di+Do 10-15 Uhr, Mi 10-18

Wohngeldberatung in C1-162: Mo 10-14 Uhr

Schuldner*innenberatung in L4-128: Mo 12:30-13:30 Uhr

Sozialdarlehensberatung/AStA-Sozialreferat in L4-123:

Mo+Di 10-14 Uhr, Mi 14-16 Uhr, Do 11-13 Uhr

Rechtsberatung in L4-128: Di 14-15:30 Uhr, Do 12:15-13:45 Uhr

Arbeits- und Sozialrechtsberatung in L4-128: Mi 11-16 Uhr

Referat für Studierende mit Behinderung und chronischer Erkrankung

in C1-186: Mo 15-17 Uhr, Mi 14:30-16 Uhr

Verkehrsgruppe in L4-128: Mi 10-11 Uhr

Beratung zu Problemen in Studium und Lehre in C1-162: Mo 13-16 Uhr

ISR Beratung für internationale Studierende in C1-172: Do 11-13 Uhr